

Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)

**zu der Verordnung der Bundesregierung
– Drucksache 12/7987 –**

Aufhebbare Fünfte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten im Außenwirtschaftsverkehr

A. Problem

- Feststellung der Zuständigkeit des Bundesausfuhramtes für die Erteilung von Genehmigungen aufgrund von Rechtsverordnungen zur Erfüllung von Verpflichtungen aus zwischenstaatlichen Vereinbarungen nach § 5 AWG in bestimmten Fällen.
- Anpassung der Zuständigkeitsverordnung an die geltende Rechtslage und Rechtssprache.

B. Lösung

Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten im Außenwirtschaftsverkehr.

Einstimmigkeit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

die Aufhebung der Verordnung der Bundesregierung – Drucksache 12/7987 – nicht zu verlangen.

Bonn, den 21. September 1994

Der Ausschuß für Wirtschaft

Friedhelm Ost

Vorsitzender

Erich G. Fritz

Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Erich G. Fritz

Die Verordnung der Bundesregierung wurde gemäß § 92 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages in Drucksache 12/8234 vom 5. Juli 1994 an den Ausschuß für Wirtschaft überwiesen mit der Bitte, den Bericht dem Plenum bis spätestens 22. September 1994 vorzulegen.

Die mit der Vierten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten im Außenwirtschaftsverkehr vorgenommenen Veränderungen haben die Zuständigkeit des Bundesausfuhramtes für die Erteilung von Genehmigungen aufgrund von Rechtsverordnungen des Bundesministers für Wirtschaft zur Erfüllung von Verpflichtungen aus zwischenstaatlichen Vereinbarungen nach § 5 AWG nicht ausdrücklich berücksichtigt. Insoweit wird mit

der vorliegenden Änderungsverordnung eine Anpassung vorgenommen.

Die übrigen Änderungen passen die Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten im Außenwirtschaftsverkehr an die geltende Rechtslage und Rechtssprache an.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat diese Aufhebbare Fünfte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten im Außenwirtschaftsverkehr – Drucksache 12/7987 – in seiner 85. Sitzung am 21. September 1994 beraten und einstimmig beschlossen, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, von seinem Aufhebungsrecht keinen Gebrauch zu machen.

Bonn, den 21. September 1994

Erich G. Fritz

Berichtersteller